

Deutschland...

... wird ab Herbst dieses Jahres grün regiert, egal ob Baerbock, Scholz oder Laschet Kanzler wird. Egal, ob es schwarz-grün wird oder mit Hilfe der FDP eine Ampel: Missionarischer Eifer führt zu Intoleranz und Unfreiheit.

Wir sind der bürgerliche Gegenentwurf zum Streben nach immer mehr Kontrolle und Bevormundung.

Die Unterwürfigkeit, mit der deutsche Abgeordnete dem Regierungsansinnen gefolgt sind, eine Infektionsgefahr zum Anlass zu nehmen, um der Exekutive nach eigenem Ermessen das Recht einzuräumen, bis hinunter auf die kommunale Ebene allgemeine Grundrechtseinschränkungen anzuordnen, ist alarmierend und geschichtsvergessen.

Dafür waren die Deutschen 1848 nicht auf den Barrikaden, dafür wurde 1918 nicht die Republik ausgerufen, dafür haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes nicht zusammengesessen und dafür sind die DDR-Bürgerrechtler nicht auf die Straßen gegangen.

Wir akzeptieren dies nicht. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir die Rechtslage von 2019 wieder herstellen.

Vernunft geht vor Zeitgeist.

Am 26. September können Sie uns zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl wählen.

Liberal-Konservative Reformer (LKR)
Mühlenstraße 8a
14167 Berlin
E-Mail: info@lkr.de
Informationen, News, Themen,
Mitmachen, Spenden unter: LKR.de

V.i.S.d.P.: Jürgen Joost, Bundesvorsitzender
– Mühlenstraße 8a, 14167 Berlin –
info@lkr.de

Deutschland bewahren:

- Freiheit muss wieder verteidigt werden
- Wir stehen auf der Seite der Freiheit



facebook.com/LKR.Bundesseite

instagram.com/liberal_konservative_reformer

twitter.com/LKR_Partei_Bund



Freiheit.
Werte.
Zukunft!

Freiheit muss wieder verteidigt werden...



Grundrechte sind das höchste Gut unserer Demokratie.

Liberal-Konservative Politik bedeutet, dass die Bürger vor staatlichen Übergriffen, staatlicher Bevormundung und unverhältnismäßiger staatlicher Kontrolle geschützt werden. Wir wollen den gläsernen Staat, nicht den gläsernen Bürger.

Eingriffe in Grundrechte müssen nicht nur gut begründet, sie müssen vor allen Dingen geboten, verhältnismäßig, zeitlich begrenzt und parlamentarisch legitimiert sein.

Sündenfall Infektionsschutzgesetz

Diese elementaren Rechtsstaatsgrundsätze sind in der Corona-Krise missachtet worden. Überwachungs- und Polizeistaatsphantasien, wie sie in manchen Politikerköpfen herumgeistern, sind ein erschreckendes Indiz für die Verschiebung von Werten und Maßstäben.

Grundrechte sind kein gnädig gewährtes Geschenk, über dessen Vergabe regierungsseitig entschieden wird. Es ist nicht hinzunehmen, dass dies durch Änderungen des Infektionsschutzgesetzes administrativ und präventiv ermöglicht wurde.

Der Sündenfall muss beseitigt werden. Wir fordern die unverzügliche Rücknahme aller seit 2020 vorgenommenen Änderungen des auch so vollkommen ausreichenden Infektionsschutzgesetzes und die Rücksetzung auf den Stand von 2019.

Die offene Gesellschaft bewahren

Liberal-Konservative Politik bedeutet, dass wir Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat und unsere offene Gesellschaft nicht nur gegen äußere Bedrohungen, sondern auch gegen die innere Aushöhlung verteidigen.

Meinungsfreiheit ist mehr als eine formale staatliche Garantie. Es geht vielmehr darum, dass Meinungsvielfalt angstfrei gelebt werden kann, dass der Diskurs zugelassen wird und ohne drohende gesellschaftliche Repressionen stattfinden kann. Hier kommt den Medien eine ebenso hohe Verantwortung zu wie jedem einzelnen von uns.

Das gesellschaftliche Klima muss wieder dem einer offenen Gesellschaft entsprechen, in der auch Mindermeinungen geäußert werden können, ohne die Gefahr einer Stigmatisierung und gesellschaftlichen Ächtung.

Friedliche und gewaltfreie Demonstrationen

Wir bejahen das Demonstrationsrecht als Grundrecht der deutschen Bürger, das ausschließlich friedlich und gewaltlos wahrgenommen werden darf.

Dabei geht es nicht darum, ob einem selbst die Meinung der Demonstranten passt. Schon gar nicht geht es darum, ob sie sich gegen die Politik der Regierung wendet. Meinungsfreiheit und Demonstrationsfreiheit sind die Grundpfeiler unserer Demokratie.

Keine Toleranz gegenüber der Intoleranz

Angriffe von rechten, linken oder religiösen Extremisten auf die Meinungsfreiheit, die Unversehrtheit oder gar das Leben von Menschen müssen jedoch die härteste Reaktion des Staates und der ganzen Gesellschaft hervorrufen. Das jeweilige Strafmaß muss unabhängig von der Gesinnung des Täters angemessen sein und eine abschreckende Wirkung entfalten. Es gibt keine Toleranz gegenüber der Intoleranz.

Freiheit muss wieder verteidigt werden.

Wir stehen auf der Seite der Freiheit.

LKR